



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7411 Seiler Graf Präventionsgelder zur Bekämpfung von Menschenhandel

Aktuell werden über die Verordnung Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel (311.039.3) sowie mit Prostitution (311.039.4) jährlich Beträge im Umfang von 600000 CHF bzw. 200000 CHF vom Bund zur Verfügung gestellt.

- Welche Ziele und Wirkung soll mit diesen Geldern gemäss Bundesrat erzielt werden?
- Erachtet der Bundesrat diese Beträge zur Ziel- und Zweckerfüllung als angemessen?

Antwort

Das EJPD (fedpol) kann einerseits kriminalpräventive Projekte Dritter finanziell unterstützen, die dazu beitragen, bestehende Lücken im Dispositiv gegen Menschenhandel zu schliessen. Unterstützung erhalten z.B. Organisationen, die Unterkunft und Beratung für Opfer von Menschenhandel anbieten. Andererseits kann fedpol kriminalpräventive Projekte unterstützen, die Sexarbeitende für bestimmte Formen der Kriminalität wie Nötigung oder Gewaltdelikte sensibilisieren und ihnen aufzeigen, wie sie sich davor schützen und wo sie Hilfe holen können.

Im Jahr 2021 ist die Wirksamkeit der Finanzhilfen evaluiert worden. Es hat sich gezeigt, dass die Finanzhilfen wirksam und angemessen sind und mehrheitlich zu positiven und nachhaltigen Veränderungen geführt haben. Die Evaluation hat auch gezeigt, dass die Mittel im Bereich der Prostitution nicht ausgeschöpft worden sind, beim Menschenhandel hingegen regelmässig mehr Mittel beantragt wurden, als verfügbar waren. Aus diesem Grund hat das EJPD entschieden, die Mittel ab 2023 zielgerichteter einzusetzen: 600'000 Franken pro Jahr für Massnahmen gegen den Menschenhandel und 200'000 Franken für Präventionsmassnahmen gegen Straftaten im Zusammenhang mit Prostitution. In diesem Sinne erachtet der Bundesrat die Beträge zur Ziel- und Zweckerfüllung im Moment als angemessen.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7417 Bircher Afghanischer Kinderschänder aus Deutschland

Wie der Blick am 11.2.23 berichtet hat, hat Deutschland einen Afghanischen Kinderschänder in die Schweiz zurück geschoben? Wie konnte dies passieren, warum hat die Schweiz diese Person zurück genommen und weiss der Bund, wo sich diese Person heute aufhält?

Antwort

Am 10. Februar 2023 wurde diese Person durch die deutschen Behörden an die Schweizer Grenze geführt, obwohl die Schweiz das Rückübernahmegesuch aus Deutschland vorgängig abgelehnt hatte.

Bilaterale Rückübernahmeabkommen zwischen der Schweiz und ihren Nachbarstaaten verpflichten die Vertragsstaaten zur Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen, die unerlaubt von ihrem Hoheitsgebiet in den anderen Vertragsstaat weiterreisen. Die Rückübernahme setzt einen Antrag der einen Vertragspartei und die Zustimmung der anderen Vertragspartei voraus. Die Schweizer Behörden haben deshalb bei den deutschen Behörden interveniert. Dabei hat sich gezeigt, dass die Rücküberstellung durch die deutschen Behörden nicht gestützt auf das gemeinsame Rückübernahmeabkommen erfolgt, sondern auf Grundlage der innerstaatlichen deutschen Gesetzgebung.

Abseits dieses speziellen Einzelfalls ist zu betonen, dass die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden im Grenzgebiet sehr gut funktioniert und ein regelmässiger Austausch zwischen den zuständigen Behörden besteht. Hier werden auch die Herausforderungen der Zusammenarbeit thematisiert. Im Rahmen einer deutsch-schweizerischen Arbeitsgruppe wird zudem die Rücküberstellung von Personen ausserhalb des gemeinsamen Rückübernahmeabkommens zurzeit diskutiert und optimiert.

Weil gegen die Person in der Schweiz nichts Strafrechtliches vorliegt, konnte sie von den Schweizer Grenzschutzbehörden nur kurz festgehalten werden. Ausländerrechtlich bestanden keine Gründe für eine weitere Festhaltung der Person. Sie wurde hingegen wegen rechtswidrigem Aufenthalt an die zuständige Staatsanwaltschaft angezeigt und aus der Schweiz weggewiesen. Zudem wurde eine Einreisesperre verhängt. Der aktuelle Aufenthaltsort der Person ist den Schweizer Behörden nicht bekannt.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7418 Bircher

Etikettenschwindel: Vorläufig Aufgenommene, welche aus der Statistik "fallen"

Wieviele Personen wurden in den letzten 20 Jahren vorläufig Aufgenommen (Status F Ausländer)? Wieviele davon haben heute eine Aufenthaltsbewilligung (B), eine Niederlassungsbewilligung (C) oder wurden eingebürgert? Bei wie vielen wurde die vorläufige Aufnahme entzogen und mussten die Schweiz verlassen?

Antwort

Von 2003 bis 2022 – während der letzten 20 Jahre – wurden rund 100'690 Personen vorläufig Aufgenommen. Von diesen Personen haben per Ende Mai 2023 31% eine Aufenthaltsbewilligung (B), 5% eine Niederlassungsbewilligung (C) und 7% wurden eingebürgert. 41% befinden sich noch im Personenbestand des Asylbereichs und 16% sind nicht mehr in den entsprechenden Register-Beständen von ZEMIS aufgeführt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie nicht mehr in der Schweiz sind. Bei diesen rund 16'000 Personen wurde in rund 800 Fällen die vorläufige Aufnahme entzogen.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7419 Bircher Geringe Erwerbstätigkeit bei Ukrainern

In der Schweiz gehen nur 14% der Ukrainer mit S-Status einer Arbeit nach. Dies obwohl die Schweiz seit über einem Jahr Deutsch/Integrationskurse bezahlt. Immer die Rede davon war, dass alle sehr gut ausgebildet seien und die gesetzlichen Hürden aufgehoben wurden (Arbeit sofort möglich). Wie erklärt sich der Bundesrat diesen Umstand, da andere Länder wie die Niederlande (50%), Estland und Litauen zeigen, dass es durchaus möglich wäre? Sind die Anreize in der Schweiz falsch (z.B. Sozialhilfe)?

Antwort

Am 6. Juni 2023 betrug die Erwerbstätigenquote in der Schweiz von Personen mit Schutzstatus 17.14%. Anders als in anderen Aufnahmeländern, liegt in der Schweiz der Beschäftigungsgrad von Personen mit Schutzstatus S bei durchschnittlich etwa 70%.

Ein Vergleich der Erwerbstätigenquote zwischen einzelnen Ländern ist aus verschiedenen Gründen schwierig: unterschiedliche Erhebungsmethoden, unterschiedliche Voraussetzungen im lokalen Arbeitsmarkt, unterschiedlicher sprachlicher Kontext, Arbeitslosenquote, usw.

Das EJPD hat sich bei mehreren Gelegenheiten mit den niederländischen Behörden bezüglich ihres Modells ausgetauscht. Die hohe Erwerbstätigenquote in den Niederlanden ist auf die lokalen Rahmenbedingungen und Erhebungsmethoden zurückzuführen. Die meisten Schutzsuchenden in den Niederlanden sind in Amsterdam und Den Haag arbeitstätig, wo Englisch eine verbreitete Arbeitssprache ist. Im Unterschied zur Schweiz sind viele Personen in kleinen Teilzeit-Pensen erwerbstätig.

In der Schweiz werden Schutzsuchende gemäss nationalem Verteilschlüssel den Kantonen zugeteilt, wobei sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt je nach Kanton unterschiedlich präsentiert. Die Erfahrungen mit der Integrationsagenda Schweiz zeigen zudem, dass insbesondere der Spracherwerb ein Schlüssel für die Erwerbstätigkeit darstellt. Dies bedarf jedoch Zeit. Es ist davon auszugehen, dass mit zunehmenden Sprachkenntnissen die Erwerbstätigenquote weiter steigen wird.



Der Bundesrat geht daher nicht von falschen Anreizen aus. Es ist ihm ein Anliegen, die Erwerbstätigenquote von Personen mit Schutzstatus weiter zu erhöhen. Er verfolgt daher verschiedene Ansätze wie zum Beispiel bezüglich verbessertem Matching zwischen Arbeitgebenden und Stellensuchenden, um die Arbeitsmarktintegration weiter zu verbessern. Das EJPD steht dazu im regelmässigen Kontakt mit den Sozialpartnern und Branchenvertreterinnen und -vertretern.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7424 Regazzi

Minori rapiti in aumento, ma le cifre non sono chiare: cosa intende fare la Svizzera?

I rapimenti di minori da parte di uno dei genitori per poi fuggire all'estero sono in aumento in Svizzera. I casi ufficiali sono un centinaio all'anno, ma quelli reali potrebbero essere molti di più poiché riguardano Paesi non firmatari della Convenzione dell'Aja sulla sottrazione di minori e non passano quindi per i canali istituzionali.

Quali misure intende mettere in atto il CF per ottenere dati più completi sulle sparizioni?

Come intende agire per contrastare questa preoccupante tendenza?

Réponse

Le nombre des requêtes de retour sous la Convention de La Haye de 1980 d'enfants enlevés vers l'étranger est stable ces dernières années. Les statistiques à cet égard sont publiées sur le site internet de l'Office fédéral de la justice. En 2022, il s'agissait de 52 demandes de rapatriement transmises par la Suisse à d'autres Etats. Des statistiques concernant le dépôt de plainte pénale sous l'art. 220 du Code pénal (enlèvement de mineur) sont disponibles sur le site de l'Office fédéral des statistiques. En ce qui concerne les enlèvements vers les Etats qui ne sont pas parties à la Convention, le DFAE propose aux citoyens suisses un soutien limité dans le cadre de la protection consulaire mais ne publie pas de statistiques à ce sujet.

Le postulat Feri 20.4448, adopté le 19 mars 2021 par le Conseil national, a chargé le Conseil fédéral d'évaluer la loi fédérale sur l'enlèvement d'enfants (LF-EEA) ainsi que de manière générale le traitement par les autorités fédérales des cas d'enlèvement d'enfants. Le rapport du Conseil fédéral devra notamment indiquer le cadre juridique applicable à la coopération avec les Etats non contractants ainsi que les ressources dont dispose l'administration. Un mandat a été confié à un bureau d'évaluation au printemps 2022. Le rapport du Conseil fédéral est attendu au premier semestre 2024.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7434 Studer

Einheitliche und umfassende Umsetzung des 3. Nationalen Aktionsplans - wo stehen die Kantone?

Der 3. Nationale Aktionsplan gegen Menschenhandel 2023-2027 delegiert in den Massnahmen viele Aufgaben an die Kantone, wobei unklar bleibt, inwiefern und wie unterschiedlich die Kantone diese Aufgaben umsetzen. Wie garantiert der Bund eine einheitliche, umfassende, nationale Umsetzung, damit die kantonalen Unterschiede in der Bekämpfung des Menschenhandels und im Opferschutz nicht noch mehr vergrössert werden?

Antwort

Der Aktionsplan gegen Menschenhandel 2023-2027 umfasst 44 Aktionen zu sieben strategischen Zielen. Damit er politisch breiter abgestützt und verbindlicher ist, haben die Konferenz der Kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Bundesrat die Massnahmen des NAP gutgeheissen.

In der Schweiz ist die Bekämpfung des Menschenhandels grundsätzlich Aufgabe der Kantone. Die Kompetenz der Kantone umfasst die operative Zuständigkeit für den Opferschutz, die ausländerrechtlichen Aspekte und die strafrechtliche Verfolgung von Menschenhandel. Wie bei den ersten beiden Nationalen Aktionsplänen gegen Menschenhandel gibt es denn auch im aktuellen NAP Aktionen, die von den Kantonen umgesetzt werden müssen.

Um für eine wirksame Umsetzung des NAP gegen Menschenhandel auch auf strategisch-politischer Ebene zu sorgen, wird fedpol eng mit dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) zusammenarbeiten. Die vom SVS gebildete strategische Begleitgruppe, die bereits bei der Erarbeitung des dritten NAP gegen Menschenhandel mitwirkte und in der die Expertinnen und Experten der nationalen Expertenplattform gegen Menschenhandel (NEGEM) mitwirken, wird während der Umsetzungsphase beibehalten. Sie wird sich einmal pro Jahr mit den Fortschritten der Umsetzung der Aktionen befassen und kann Handlungsbedarf bei der weiteren Umsetzung des NAP identifizieren und Massnahmen veranlassen.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7441 Widmer Céline Umsetzung Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel

Da es kein offizielles Budget zu Umsetzung des 3. Nationalen Aktionsplans (NAP) gegen Menschenhandel 2023-2027 gibt — obwohl dies als Empfehlung in der Evaluation zum 2. NAP empfohlen wurde — stellt sich folgende Frage: Mit welchen finanziellen Mitteln und in welcher Budgethöhe wird der besagte Aktionsplan und seine einzelnen Massnahmen umgesetzt?

Antwort

Wie bereits die beiden ersten Nationalen Aktionspläne gegen Menschhandel verfügt der aktuelle NAP über kein Globalbudget. Der dritte NAP gegen Menschenhandel wurde aber erstmals von der Konferenz der Kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und dem Bundesrat gutgeheissen. Damit ist der aktuelle NAP gegen Menschenhandel politisch breiter abgestützt und auch verbindlicher.

Die Umsetzung der Aktionen erfordert in der Regel personelle und finanzielle Ressourcen, die je nach Aktion sehr unterschiedlich sein können. Aus diesen Gründen war es nicht möglich, ein Globalbudget vorzusehen. Für die im aktuellen NAP vorgesehenen Massnahmen sind unterschiedliche Stellen des Bundes und der Kantone verantwortlich. Es ist an diesen Stellen, die für die Umsetzung der Aktionen notwendigen Ressourcen bereitzustellen.

Hingegen kann das Bundesamt für Polizei (fedpol) Organisationen und Projekte, die sich für die Bekämpfung von Menschenhandel einsetzen (z.B. mit Unterkünften und Beratungen für Opfer von Menschenhandel), finanziell unterstützen. Dafür stehen neu 600 000 Franken pro Jahr zur Verfügung, statt 400 000 Franken wie bisher.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7443 Pasquier-Eichenberger

L'accès aux soins médicaux n'est plus assurée en Croatie, le Conseil fédéral va-t-il réexaminer sa position ?

Médecins du Monde a cessé son activité de soins médicaux dans les centres d'accueil pour requérant.es d'asile en Croatie en mai, faute de financement. Seule organisation à dispenser les soins médicaux dans les centres d'asile, assurés dans des conditions très précaires, les soins minimaux ne sont é présent plus assurés. Le Conseil fédéral est-il au courant de cette situation ? Va-t-il dès lors suspendre les renvois Dublin vers la Croatie ?

Question 23.7454 Fehlmann Rielle

Centre de soins pour requérant.e.s d'asile en Croatie: Comment suppléer au retrait de Médecins du Monde ?

On apprend que Médecins du Monde a cessé son activité de soins dans les centres d'accueil pour requérant.e.s d'asile en Croatie: sachant que les personnes concernées sont déjà très vulnérables, comment la Suisse se positionne-e-t-elle face à cette nouvelle situation ? Ne faudrait-il pas suspendre les renvois Dublin vers la Croatie dans l'attente que la situation se stabilise?

Réponse

Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) analyse en permanence la situation en Croatie et tient compte des nouveaux développements. Par ailleurs, il examine soigneusement chaque demande d'asile et évalue au cas par cas si le transfert en Croatie en vertu du règlement Dublin est admissible et raisonnablement exigible. Dans le cadre du système Dublin, les autorités croates sont responsables de l'encadrement des requérants d'asile et doivent assurer non seulement l'accès à la procédure d'asile et aux structures d'accueil, mais aussi aux soins médicaux. En effet, la Croatie est tenue de fournir aux requérants d'asile les soins médicaux nécessaires, qui comportent, au minimum, les soins urgents et le traitement essentiel des maladies et des troubles mentaux graves. Les requérants d'asile en Croatie ont légalement droit à des prestations médicales dont les coûts sont pris en charge par l'Etat croate. Ni le SEM ni le Tribunal administratif fédéral (TAF) ne partent du principe que le système d'asile croate présente des faiblesses systémiques. Par ailleurs, dans un arrêt du mois de mars 2023, le TAF parvient à la conclusion que les personnes



transférées en Croatie sur la base du règlement Dublin ont accès à la procédure d'asile et aux prestations en matière d'accueil, y compris les soins médicaux.

La cheffe du DFJP a rencontré, en date du 8 juin 2023 au Luxembourg, en marge de la réunion des ministres de l'intérieur des Etats UE/Schengen, le ministre croate de l'Intérieur, rencontre durant laquelle elle s'est enquisse de la situation en matière d'asile et de migration en Croatie. La cheffe du DFJP a également fait part du fait que la Suisse est disposée à contribuer au renforcement des infrastructures pour migrants ainsi que des procédures d'asile en Croatie.

Pour les raisons évoquées, une suspension des transferts Dublin vers la Croatie n'est donc pas indiquée à l'heure actuelle. Par ailleurs, le SEM n'a pas connaissance d'une suspension générale des transferts vers la Croatie par un autre Etat partie à Dublin.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7447 Aeschi Thomas

Wird die Schweiz noch attraktiver für Asylsuchende?

Stimmt es, dass die EU anstrebt, die Unterstützungszahlungen für Asylanten EU-weit zu harmonisieren und dadurch die Schweiz mit ihren höheren Unterstützungszahlungen für Asylsuchende attraktiver erscheint? Falls ja, was gedenkt der Bundesrat dagegen zu unternehmen?

Antwort

Nein, das trifft nicht zu: Die Aufnahmerichtlinie der EU (Richtlinie 2013/33/EU) legt keine finanziellen Beträge für die Unterstützung von Asylsuchenden fest.

Die Aufnahmerichtlinie sieht die Festlegung von Mindeststandards für die Aufnahme von Asylsuchenden in den EU-Mitgliedstaaten vor, einschliesslich Unterbringung, medizinischen Gesundheitsversorgung, Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt etc.

Die Europäische Kommission legte 2016 einen Vorschlag zur Überarbeitung der dieser Richtlinie vor, um die Aufnahmebedingungen in der EU weiter zu harmonisieren und die Anreize für Sekundärmigration zu verringern. Dieser Vorschlag muss noch vom EU-Parlament und vom Rat angenommen werden.

Auch im Revisionsvorschlag ist aber die Höhe der finanziellen Unterstützung für Asylsuchende nicht festgelegt.

Für die Schweiz ist diese Richtlinie zudem nicht verbindlich und wird es auch in Zukunft nicht sein.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7452 Bregy Identifizierung mit AHV-Nummer

Neuerdings erfolgen immer mehr, aber nicht alle, Identifizierungen mittels der AHV-Nummer, so zum Beispiel grundbuchrechtliche Anmeldungen. Wäre es nicht sinnvoll, die AHV-Nummer standardmässig zur Identifizierung zu nutzen und diese auf der Identitätskarte ebenfalls aufzuführen?

Antwort

Die AHV-Nummer wird in erster Linie als Sozialversicherungsnummer in allen bundesrechtlich geregelten Sozialversicherungen verwendet und ist u.a. auf der Versicherungskarte der Krankenkasse aufgedruckt. Der Besitz einer Krankenkassenkarte ist, im Gegensatz zur Identitätskarte, obligatorisch. Die AHV-Nummer wird beim Antragsverfahren für Ausweisdokumente bereits heute zum zuverlässigen und effizienten Abgleich mit dem Zivilstandsregister genutzt.

Die Identitätskarte wird auch für das Reisen ins Ausland genutzt und dient dort als Identifikationsmittel. Wäre die AHV-Nummer auch auf der Identitätskarte aufgeführt, wäre sie bei Reisen und den entsprechenden Kontrollen für sämtliche in- und ausländischen Kontrollbehörden ersichtlich. Hinzu kommt, dass auch der Platz auf der 5-sprachigen Schweizer IDK beschränkt ist. Vor diesem Hintergrund drängt sich aus Sicht des Bundesrates das Anbringen der AHV-Nummer auf der Identitätskarte nicht auf.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7461 Heimgartner

Asylsuchende auf Armeearealen - wie sind die Erfahrungswerte auf dem Waffenplatz Brugg?

Im Rahmen meiner Frage 23.7326 wurden mir Antworten zur aktuellen und bisherigen Situation auf dem Waffenplatz Brugg versprochen. Wie sind dort die Erfahrungen zwischen Asylsuchenden und Armeeangehörigen? Welche Probleme gab es bisher und was wurde daraus gelernt?

Antwort

Das SEM betreibt dort in einer Fahrzeughalle der Armee ein temporäres Bundesasylzentrum mit bis zu 440 Plätzen. Es ist meistens mit rund 200 Personen belegt, wobei aktuell (Stand 06.06.23) 158 Plätze belegt sind.

Der Perimeter der Unterkunft ist mit einer Umzäunung klar vom militärischen Bereich abgetrennt, und das Nebeneinander mit der Armee funktioniert bisher gut. Aus Sicht des SEM läuft der Betrieb der Unterkunft und die Zusammenarbeit mit Kanton, Stadt und der Armee reibungslos. Unsere Partner bestätigen diesen Eindruck und haben nicht zuletzt deshalb einer dreijährigen Weiterführung der Unterkunft bis Mitte 2026 zugestimmt.

Wie in allen Bundesasylzentren legt das SEM auch in Brugg grossen Wert auf eine gute Betreuung der Asylsuchenden und die Sicherheit in und um die Unterkunft. Ein Betreuungs- und Sicherheitsdienstleister ist rund um die Uhr vor Ort, und es werden ebenfalls Aussenpatrouillen durchgeführt. Zudem steht das SEM in engem Austausch mit der zuständigen Kantonspolizei. Dennoch kommt es im Bundesasylzentrum Brugg gelegentlich zu Polizeiiinterventionen, welche in den meisten Fällen wegen Verdachts auf Diebstahl oder andere Kleindelikte erfolgen. Diese bewegen sich aber in einem ähnlichen Rahmen wie in den anderen Bundesasylzentren.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7369 Aeschi Thomas Zusammenarbeit der SRG mit linkslastigen Rechercheplattformen

Die Sender der SRG sind zur Ausgewogenheit verpflichtet. Kürzlich hat der Kassenssturz für eine Recherche mit der linkslastigen deutschen Rechercheplattform «Correctiv» zusammengearbeitet. Zudem wurde von der Webseite auf einen einseitigen und teilweise faktisch falschen Bericht verlinkt. Was hält der Bundesrat davon, dass die SRG immer häufiger mit linken Medien und Rechercheplattformen zusammenarbeitet?

Frage 23.7420 Sollberger Ausgewogenheit von SRF

Das Gebührenprivileg verpflichtet SRF zur politischen Ausgewogenheit. Doch es besteht Nachholbedarf. Radio und Fernsehen machen Schulungen, um politisch neutraler zu berichten. Dazu steht im Widerspruch, dass SRF immer häufiger mit klar links positionierten ausländischen Medien (Spiegel, Guardian) zusammengearbeitet. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die Recherche-Zusammenarbeit mit linken ausländischen Medien der politischen Ausgewogenheit abträglich ist?

Antwort

Der Bundesrat hält die verfassungsmässig garantierte Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen und deren Programmautonomie hoch und äussert sich daher nicht zu journalistischen Beiträgen der SRG oder zur ihrer Zusammenarbeit mit in- oder ausländischen Medien. Die Bundesverfassung garantiert, dass Programmbeschwerden einer unabhängigen Beschwerdeinstanz vorgelegt werden können (Art. 93 Abs. 5 BV). Bei vermuteter Unausgewogenheit hat das Publikum also die Möglichkeit, Beschwerde zu erheben.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7377 Töngi

Weshalb muss Luzern mit S-Bahn-Rollmaterial auf Fernstrecken vorlieb nehmen?

An Wochenenden verstärkt die SBB ihr Angebot am Gotthard. Dafür setzt sie IC-2000-Garnituren ein, die aus dem IR-75-Verkehr abgezogen werden. Als Ersatz werden Zürcher S-Bahnen eingesetzt, die manchmal zu wenig Kapazitäten aufweisen, so dass Personen von Zürich bis Luzern stehen müssen.

- Wie lautet die Begründung, dass ausgerechnet Rollmaterial dieser Linie abgezogen wird?
- Die SBB wollen mehr Passagiere im Freizeitverkehr. Verfügt die SBB über genügend Rollmaterial für dieses Ziel?

Antwort

Für den Einsatz von Rollmaterial ist die SBB verantwortlich. Sie hat dem Bundesrat folgende Antwort zukommen lassen:

Die auf der Interregio-Linie 75 (Luzern – Zürich – Konstanz) planmässig eingesetzten IC-2000-Doppelstockzüge erfüllen die Anforderungen, um den Gotthard-Basistunnel durchqueren zu können. Diese Züge eignen sich aufgrund der örtlichen Nähe auch für einen Einsatz auf der Gotthard-Linie.

Die SBB verzeichnet an Feiertags-Wochenenden besonders viele Reisende. Um der hohen Nachfrage am Gotthard gerecht zu werden, plant die SBB den Rollmaterialeinsatz für jedes Wochenende separat. Daher ist es an einzelnen Wochenenden nötig, IC-2000-Doppelstockzüge von der Interregio-Linie 75 umzudisponieren. Sie werden durch andere Doppelstockzüge ersetzt, welche für die Fahrt durch den Gotthard-Basistunnel nicht zugelassen sind.

Insgesamt verfügt die SBB über ausreichend Rollmaterial. Teilweise muss dieses flexibel eingesetzt werden.



Ora delle domande del 12 giugno 2023

Domanda 23.7380 Farinelli Puff e rispetto delle regole vigenti

Da inchieste giornalistiche risulterebbe che le puff, dispositivi per l'inalazione di liquidi contenenti anche nicotina, al loro interno presentano saldature in piombo per le parti elettriche.

A chi competono le verifiche in questo ambito?

Questo tipo di saldatura, in particolare con impiego di piombo, è legale in Svizzera?

Qualora non fosse legale la presenza di questo tipo di saldature come si intende intervenire rapidamente per evitare che vengano venduti dispositivi illegali in Svizzera?

Risposta

Einweg E-Zigaretten sind elektronische Geräte und fallen unter den Geltungsbereich der Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte. Zudem gilt der Anhang 2.18 der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung. Einweg-E-Zigaretten dürfen nicht in Verkehr gebracht werden, wenn ihr Massengehalt an Blei im Werkstoff 0,1 Prozent übersteigt. Die Verwendung von Bleiloten für Einweg E-Zigaretten ist somit nicht erlaubt. Diese Vorschriften sind harmonisiert mit jenen der Europäischen Union. Für den Vollzug der Vorschriften sind die Kantone zuständig.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7381 Imboden

Anzahl betroffene Bauernbetriebe durch den Ausbau auf eine sechsspurige Autobahn A1?

Gemäss Bundesrat (Antwort auf 23.7271) kostet der Ausbau der Autobahn A1 auf sechs Spuren 9.45 Milliarden Franken. Wie viele Bauernbetriebe sind davon betroffen (Schätzung möglich) und welcher Betrag ist in den Kosten für den Kauf bzw. die Enteignung von Kulturland in den 9.45 Mia. enthalten? Wann ist bekannt, wie viel Kulturland für den Ausbau verbraucht werden soll?

Antwort

Aussagen zur Anzahl der betroffenen Landwirtschaftsbetriebe liegen zum jetzigen Planungsstand keine vor. Der Bundesrat legt die Linienführung (inkl. Tunnel), die Gestaltung der Anschlüsse sowie die Anzahl Fahrspuren im generellen Projekt fest. Diese liegen derzeit erst für einen Teil der betroffenen Projekte vor. Auch zu den Kosten für den Landerwerb liegen zum jetzigen Planungsstand keine verlässlichen Angaben vor.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7382 Weichelt Gleichstellung gilt auch für die Strassensignalisation

Die Signalisationsverordnung (SR 741.21) definiert die Signale auf den Wegweisern. Ist das UVEK bereit, das Fussweg-Signal, das einen erwachsenen Mann mit Hut und ein Mädchen zeigt (Tafeln 2.61, 2.63 und 2.63.1), durch ein neues Bild zu ersetzen, das der in der Bundesverfassung verankerten Gleichstellung der Geschlechter besser entspricht?

Antwort

Das heutige Fussweg-Signal basiert auf dem Wiener Übereinkommen über Strassenverkehrszeichen, bei dem die Schweiz Vertragspartei ist. Dieses internationale Übereinkommen wird derzeit revidiert. Dabei ist vorgesehen, die Fussverkehr-Signale zu überarbeiten. Der Bundesrat wird die neuen Signale prüfen und sofern sinnvoll übernehmen.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7384 Grin

Remaniement du projet d'agrandissement de la gare de Lausanne. Qu'en est-il des surfaces commerciales envisagées ?

Le projet d'agrandissement de la gare de Lausanne comprend la création d'importantes surfaces commerciales sous les voies.

Compte tenu des retards pris dans le projet, qui risquent de déstabiliser le trafic ferroviaire dans toute la Suisse occidentale, et des problèmes qui se posent en matière de statique, ne serait-il pas indiqué de réduire les surfaces commerciales planifiées ? Le but premier des CFF n'est-il pas de transporter efficacement des personnes et des marchandises ?

Réponse

Les aspects déterminants pour les dimensionnements statiques du périmètre des quais sont principalement les charges ferroviaires appliquées en surface, et l'espace nécessaire à l'écoulement des flux de voyageurs dans les passages inférieurs. Selon les informations des CFF, les surfaces commerciales ne posent pas de problème particulier. En outre, une adaptation de la volumétrie du projet à ce stade aurait pour conséquence probable le déclenchement de nouvelles procédures, et donc de nouveaux retards sur le projet.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7386 Feller

Remaniement du projet d'agrandissement de la gare de Lausanne. Y aura-t-il de nouveaux appels d'offres ?

L'Office fédéral des transports et les CFF ont communiqué le 17 mars dernier que le projet d'agrandissement de la gare de Lausanne allait être remanié profondément. La fin des travaux interviendra en 2037, avec un retard de 4.5 ans. Est-ce que ce remaniement exigera de nouveaux appels d'offres en vertu de la législation sur les marchés publics? Si oui, quel en est le nombre ? Est-ce que ces nouveaux appels d'offres ont été pris en compte pour déterminer la fin des travaux ?

Réponse :

Les CFF respectent le cadre donné par la loi sur les marchés publics, ils ont adjudgé un certain nombre de contrats qui restent valables.

Les travaux de génie civil ont déjà été adjudgés selon la procédure ordinaire. Des nouveaux appels d'offres ne sont donc actuellement pas prévus pour ces prestations.

Pour les lots qui n'ont pas encore été attribués, ils feront l'objet de la procédure applicable. Ceux-ci sont échelonnés de manière à répondre aux attentes du projet et de son exécution. Il n'y a pas de nouvelle procédure liée ou déclenchée par le décalage du planning.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7389 Brenzikofer. Energieverbrauch von Sportstadien

Wie viele Fussballstadien haben unterirdische Heizsysteme, um den Rasen im Winter zu beheizen bzw. wie viele Eishockeystadien kühlen im Sommer? Hat der Bundesrat Zahlen zum Primärenergiebedarf und welche Bemühungen werden auf Bundesebene zur Reduktion unternommen (Energiesparkampagne Bund)?

Antwort

Die Anforderungen an den Betrieb von Sportanlagen sind Sache der Kantone und Gemeinden.

In den Energiestatistiken werden Fussball- und Eishockeystadien nicht separat erfasst. Deren Energieverbrauch ist im Energieverbrauch des Dienstleistungssektors enthalten. Entsprechende Zahlen und Informationen zu Sportstadien stehen dem Bund daher nicht zur Verfügung.

Die aktuelle Energiespar-Kampagne des Bundes verweist auf verschiedene Angebote für Unternehmen, um Energie zu sparen und gleichzeitig Kosten zu reduzieren.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7393 Andrey

Was sind die Gesamtkosten der biodiversitätsschädigenden Bundesseventionen für die öffentliche Hand?

Nachdem das BAFU in einer Studie 97 Subventionen identifiziert hat, deren biodiversitätsschädigende Wirkung laut Ziel 18 der COP15 bis 2030 umgestaltet oder abgeschafft werden soll, bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: Wieviel kosten diese 97 Subventionen den Steuerzahlenden jährlich insgesamt? Welcher Anteil dieses Betrags wirkt biodiversitätsschädigend, in absoluten und relativen Zahlen?

Was sind die nachgelagerten Kosten dieser Schäden für die öffentliche Hand?

Antwort

Eine aktuelle Zusammenstellung der Kosten dieser Subventionen wird Teil der Gesamtübersicht sein, welche dem Bundesrat bis Ende 2024 vorgelegt wird.

Der biodiversitätsschädigende Anteil sowie die nachgelagerten Kosten lassen sich nicht in Franken beziffern. Qualitative Aussagen dazu finden sich in der vom Fragestellenden zitierten Vorstudie des BAFU, insbesondere unter Ziffer 7 «Anhang: Gesamtliste der hier bewerteten Subventionen».



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7394 Nicolet Routes nationales en Suisse romande

Aucun projet d'extension n'est prévu en Suisse romande dans l'étape d'aménagement 2023 pour les routes nationales. La CU-N a donc demandé l'extension Le Vengeron-Coppet-Nyon pour un montant de 911 millions de francs. La commission des finances a majoritairement soutenu cette demande. Le Conseil fédéral est-il prêt à soutenir l'intégration de ce projet ? Le Conseil fédéral a-t-il entrepris d'autres choses pour assurer le bon fonctionnement du réseau des routes nationales en Suisse romande ?

Réponse

Le Conseil fédéral a formulé ses intentions concernant les extensions de routes nationales dans le programme stratégique de développement des routes nationales (PRODES des routes nationales). Il a affecté les projets concernant les tronçons Le Vengeron – Coppet et Coppet – Nyon à l'horizon de réalisation 2030 et reconnu ainsi leur nécessité.

Pour les autres projets d'extension en Suisse romande, le Conseil fédéral renvoie au « Message concernant le plafond de dépenses pour les routes nationales sur la période 2024-2027, l'étape d'aménagement 2023 des routes nationales, le crédit d'engagement et la modification de l'arrêté fédéral sur le réseau des routes nationales » (FF 2023 865). Par ailleurs, il met en oeuvre diverses mesures de gestion du trafic visant à optimiser l'utilisation des capacités existantes sur les routes nationales, y compris en Suisse romande.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7395 Piller Carrard

Remaniement du projet d'agrandissement de la gare de Lausanne. Y aura-t-il de nouvelles mises à l'enquête ?

L'Office fédéral des transports et les CFF ont communiqué le 17 mars dernier que le projet d'agrandissement de la gare de Lausanne allait être remanié profondément. La fin des travaux interviendra en 2037, avec un retard de 4.5 ans. Est-ce que ce remaniement exigera de nouvelles mises à l'enquête ? Si oui, est-ce que les nouvelles mises à l'enquête et le traitement d'éventuelles oppositions ont été pris en compte pour déterminer la fin des travaux ?

Réponse :

Le remaniement est dû avant tout à des manquements d'ordre technique du projet qui doivent être maîtrisés par les CFF avant les travaux. L'entreprise ferroviaire est en train de reprendre son projet pour que celui-ci ait le degré de maturité suffisant. Les optimisations qui sont à ce stade intégrées au projet restent a priori dans le périmètre du projet approuvé. Dans le cadre de cette consolidation, il est néanmoins possible que des parties marginales du projet doivent être mis à l'enquête ; le cas échéant, celles-ci pourraient être traitées individuellement.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7396 Schneider Schüttel Hummelimport - braucht es eine Risikoprüfung?

Bevor Nützlinge in der Schweiz zugelassen werden, prüft Agroscope deren Umwelt-
risiken. Zudem gilt seit 1986 eine Registrierungspflicht für Betriebe, die Nützlinge aus-
setzen. Bei Hummeln hingegen gibt es keinerlei Vorgaben, obwohl jedes Jahr rund 20
Tonnen Hummeln, v.a. für Bestäubung in Gewächshäusern importiert werden. Wie
schätzt der Bundesrat das Risiko für die einheimische Hummelpopulation durch gene-
tische Vermischung mit importierten Hummeln ein und warum ist keine Risikoprüfung
notwendig?

Antwort

Gelangen gezüchtete Hummeln in die freie Umwelt, können sie sich mit wilden Hum-
meln kreuzen und die genetische Vielfalt der wilden Populationen verringern. Mass-
nahmen zum Schutz und zur Förderung der einheimischen Hummelpopulationen bie-
ten eine Alternative zur Zucht und sind in der Wirkung nachhaltiger.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7400 Bulliard

Bremst das Strassenverkehrsgesetz die Digitalisierung in der Landwirtschaft aus?

Selbstfahrende Fahrzeuge und Maschinen dürfen gemäss Strassenverkehrsrecht nicht auf Strassen fahren. Davon betroffen sind auch Roboter, wie sie in der Landwirtschaft z.B. für die Unkrautbekämpfung eingesetzt werden. Sie dürfen für den Wechsel von einer Parzelle zur nächsten keine Strasse überqueren, sondern müssen auf einen Anhänger verladen werden. Ist dem Bundesrat bewusst, dass dadurch das Smart Farming ausgebremst wird und welche Massnahmen sieht er vor, um diesen Missstand zu beheben?

Antwort

Das Parlament hat am 17. März 2023 eine Revision des Strassenverkehrsgesetzes verabschiedet. Dabei hat es dem Bundesrat unter anderem die Kompetenz eingeräumt, Regelungen zum automatisierten Fahren zu erlassen. Der Bundesrat wird voraussichtlich Ende Jahr einen Regelungsvorschlag zum automatisierten Fahren in einem Vernehmlassungsverfahren zur Diskussion stellen. Damit ergeben sich auch Möglichkeiten für die Digitalisierung in der Landwirtschaft. Zudem hat das Parlament dem Bundesamt für Strassen die Möglichkeit eingeräumt, Versuche mit Fahrrobotern erleichtert zu bewilligen.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7408 Friedl Claudia Steigende GA-Preise widersprechen Klimazielen

Inwiefern sind die massiven Aufschläge der GA-Preise mit den schweizerischen Klimazielen und der Verlagerung der Mobilität in den öffentlichen Verkehr vereinbar? Braucht es nicht eine Politik, die die Leute animiert, den ÖV zu benutzen, insbesondere die jungen Menschen?

Kann der Bundesrat Massnahmen gegen diese Entwicklung veranlassen?

Antwort

Für die Festlegung der Preise im öffentlichen Verkehr sind die Transportunternehmen bzw. die Branchenorganisation Alliance SwissPass zuständig. Gemäss Medienmitteilung der Alliance SwissPass vom 4. April 2023 steigen die Preise der Generalabonnemente (GA) per Dezember 2023 um durchschnittlich 5,1 Prozent.

Angesichts der Teuerung seit der letzten Tarifierhöhung im Jahr 2017 sowie der Entwicklung des Angebots ist eine weitere Erhöhung der Tarife für 2024 nachvollziehbar. Ohne Preiserhöhung müssten die Steuerzahlenden, welche bereits sehr hohe Beiträge an die Finanzierung des öV leisten, die Mehrkosten vollumfänglich übernehmen.

Eine angemessene Kostenbeteiligung der öV-Nutzenden ist ein verfassungsmässiges Ziel und muss im Zusammenhang mit den Klimazielen und der Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs mitberücksichtigt werden.

Mit dem von der Alliance SwissPass soeben lancierten «GA Night» können Jugendliche bis 25 Jahre den öffentlichen Verkehr abends ab 19 Uhr zu einem äusserst attraktiven Preis von 99 Franken pro Jahr nutzen.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7410 Bühler

Le désastre se concrétise sur l'A16 La Heutte-Bienne

Depuis fin mai, la voie descendante de l'A16 est fermée entre La Heutte et Bienne Nord. Comme prévu, le chaos routier est maintenant quotidien, matin et soir, et les pendulaires (soussigné compris) perdent 20 à 30 minutes dans les colonnes. L'OFROU monitoré-t-il quotidiennement la longueur des bouchons ? Si non, pourquoi ? Quelles mesures vont-elles être prises à brève échéance pour juguler ce désastre ? Ne faudrait-il pas interrompre le chantier et repenser l'assainissement des tunnels

Réponse

Les travaux ont commencé le 1^{er} juin et sont surveillés quotidiennement par trois caméras. Ces caméras ont été placées sur les sites suivants : La Heutte, Vigier et le giratoire provisoire de Bienne-Nord.

Le chantier a engendré la fermeture des deux voies descendantes, avec la mise en place d'un système de trafic bidirectionnel sur les deux voies montantes. Cette mesure est rendue indispensable par la topographie et la topologie du réseau.

Selon les informations de l'office fédéral des routes, le temps de trajet supplémentaire observé est de 20 minutes au maximum, dans le sens descendant uniquement. Aucun supplément de temps de trajet n'a été relevé dans l'autre sens. Ces perturbations correspondent à ce qui a été annoncé, à savoir une durée supplémentaire de parcours située entre 15 et 30 minutes.

Compte tenu de ce qui précède, pas de mesure supplémentaire n'est prévue pour le moment.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7413 Bläsi Thomas

Impact des modifications légales sur l'émission de particules fines et de CO2 par les véhicules à moteur à combustion.

La norme fixée en matière d'émissions de particules fines et d'émissions de CO2 semble générer une augmentation du rejet de nombreux véhicules lors des visites périodique obligatoires; cette augmentation a elle été évalué par le Conseil Fédéral? La norme fixée en la matière est elle comparable aux autres pays européens? (Exemple : Belgique) Combien de véhicules pourraient être à terme retirée de la circulation?

Réponse

Les normes sur les gaz d'échappement applicables aux véhicules demeurent inchangées. Cependant, les méthodes de mesure appliquées jusqu'à fin 2022 n'étaient pas assez sensibles pour détecter les filtres à particules diesel défectueux. C'est pourquoi, depuis le 1^{er} janvier 2023, une méthode de mesure plus précise est utilisée lors des contrôles officiels subséquents (contrôle technique des véhicules à moteur) au moyen de nouveaux appareils soumis à vérification. Cette procédure est également utilisée dans d'autres pays européens, notamment en Belgique. L'augmentation du taux d'irrégularités s'explique par l'introduction de cette nouvelle méthode de mesure. Les relevés effectués par les services des automobiles (asa) chargés de l'exécution montrent que ce taux est inférieur à 15 %. Les véhicules dont les filtres à particules sont défectueux sont remis en état et peuvent ensuite continuer de circuler. Il n'est donc pas nécessaire que le Conseil fédéral procède à une évaluation supplémentaire.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7421 Roduit

Comment évaluer le problème de la suppression des droits perpétuels pour les exploitations hydroélectriques

Une enquête menée en 2019 a permis de conclure que près de 400 centrales hydroélectriques sont encore exploitées sur la base de droits d'eau perpétuels dans de nombreux cantons, notamment ZG, BE, GL, SZ, SG, TG, NW, JU, LU, ZH, SO, NE et VS. Les installations concernées bénéficient rarement des exceptions à l'assainissement des débits résiduels (art. 80.1/2 LEaux). Le Conseil fédéral est-il prêt à faire une enquête auprès des services cantonaux concernés sur ces droits ?

Réponse

À son deuxième point, la motion 23.3498 demande de préciser le délai dans lequel il convient de respecter les dispositions relatives aux débits résiduels pour ce qui est des droits d'eau immémoriaux. Le Conseil fédéral a déjà déclaré qu'il était disposé à accepter ce point. Le 6 juin 2023, sa proposition a été avalisée par le Conseil national. Si le Conseil des États accepte la décision du Conseil national, le Conseil fédéral élaborera un projet de loi. Le délai pour le respect des prescriptions en matière de débits résiduels y sera clarifié. Il s'agit essentiellement de savoir si les détenteurs des droits d'eau immémoriaux doivent appliquer directement les art. 31 et suivants de la loi fédérale sur la protection des eaux (LEaux) qui traitent des débits résiduels ou s'il faut, durant une phase transitoire, appliquer l'art. 80 LEaux. Si, dans le cadre de l'élaboration du projet de loi, des clarifications sur la situation actuelle en matière de droits d'eau immémoriaux s'avèrent nécessaires, le Conseil fédéral demandera des éclaircissements aux cantons.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7422 Roduit

Comment protéger les installations hydroélectriques d'importance historique ?

La motion 23.3498 a été traitée en deux parties lors du vote du CN le 6 juin 23. La garantie des droits par une inscription au registre foncier a été rejetée de justesse, tandis qu'un délai transitoire plus long pour leur remplacement a été accepté de justesse. Le CF est-il intéressé par le dépôt d'une proposition alternative au point 1 de la motion qui tiendrait compte des règles d'exception : protection des monuments historiques, approvisionnement en énergie hivernale, indigène et écologique?

Réponse

Le Conseil fédéral souhaite vivement que les exploitants puissent continuer à contribuer à l'approvisionnement énergétique du pays. Par souci de sécurité juridique et de sécurité des investissements, il a proposé d'accepter le second point de la motion 23.3498. Il en a toutefois refusé le premier point, car un droit d'eau qui durerait éternellement n'est pas conforme à la Constitution. Si la motion est adoptée par le Parlement, le Conseil fédéral veillera à accorder un délai transitoire approprié dans le cadre de sa mise en œuvre.



Fragestunde vom 12 Juni 2023

Frage 23.7425 Schneider Schüttel

Gewässerrevitalisierungen: Reichen die Bundesmittel für reife kantonale Projekte aus?

Die Kantone sind gemäss Art. 38a GSchG zur Revitalisierung der beeinträchtigten Gewässer verpflichtet. Mittlerweile sind viele grössere Projekte bereit zur Umsetzung. Die konsequente Umsetzung des GSchG ist nach BAFU «entscheidend, um die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit der Gewässer möglichst rasch zu stärken». Was ist der Stand der Zahlungs- und Verpflichtungskredite zur Finanzierung der Revitalisierungen? Reichen die Finanzen zur Umsetzung wie von den Kantonen geplant?

Antwort

Der Verpflichtungskredit für die Periode 2020 bis 2024 umfasst 180 Millionen Franken. Davon sind aktuell 171.3 Millionen Franken verpflichtet. Für weitere 8.3 Millionen Franken läuft der Verpflichtungsprozess. Somit verbleiben im Verpflichtungskredit noch 0.4 Millionen Franken bis Ende 2024.

Die jährlichen Zahlungskredite sind auf den bestehenden Verpflichtungskredit abgestimmt und wurden 2020, 2021 und 2022 ausgeschöpft. Für 2023 beträgt der Zahlungskredit 35.4 Millionen Franken. Der gesamte Betrag ist bereits in Programmvereinbarungen und Einzelprojekten gebunden und wird bis Ende 2023 ausbezahlt. Für 2024 sieht die Planung des BAFU erneut einen Betrag in der gleichen Grössenordnung vor. Der Bundesrat und das Parlament werden im Rahmen des Voranschlags 2024 darüber befinden.

Gemäss einer aktuellen Umfrage des BAFU bei den Kantonen wären zusätzliche Projekte im Umfang von rund 32 Millionen Franken bis Ende 2024 umsetzungsreif. Diese Vorhaben können mit dem bestehenden Verpflichtungskredit bzw. den Zahlungskrediten nicht mehr realisiert werden.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7426 Roduit

CFF : pourquoi faire la promotion active des vins étrangers ?

Durant la période pascale, les CFF ont mené dans le cadre de leur salon « Suisse » une promotion active pour des dégustations exclusives de vins étrangers. Ce choix est d'autant plus surprenant pour une institution subventionnée qu'il est en totale contradiction avec les efforts du Parlement pour la promotion de vins suisses, avec les valeurs de durabilité affichées par les CFF ainsi que la nécessité pour nos institutions de diminuer les émissions de CO2 et de favoriser la consommation locale.

Réponse

Le Conseil fédéral gère les CFF à l'aide d'objectifs stratégiques qu'il fixe pour quatre ans et dont il vérifie chaque année la réalisation. Le Conseil fédéral ne s'immisce pas dans les affaires opérationnelles des CFF.

Les CFF ont déclaré ce qui suit au Conseil fédéral :

Les CFF organisent les deux voyages mentionnés dans le cadre d'un partenariat avec une entreprise suisse spécialisée.

Elvetino, en tant que société gérante des voitures-restaurants, est uniquement responsable des plats servis. Pour ces deux voyages, la sélection de vins incombe à l'entreprise partenaire.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7429 Schlatter

Entscheid der der Lauterkeitskommission gegen die FIFA wegen Klima-Greenwashing

Die Lauterkeitskommission hat in einem wegweisenden Entscheid der Klage gegen die FIFA wegen unlauterer Klimaversprechen zugestimmt. Wie will der Bundesrat in Zukunft das Klima-Greenwashing von Unternehmen verhindern und plant er, dafür gesetzliche Grundlagen anzupassen?

Antwort

Die Lauterkeitskommission ist eine Institution der Kommunikationsbranche zum Zweck der werblichen Selbstkontrolle im Bereich der Werbung. Den Entscheiden kommt nicht die Verbindlichkeit eines Urteils eines Gerichts zu.

Das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verbietet schon heute in allgemeiner Weise unrichtige oder irreführende Angaben u.a. über Waren, Werke oder Leistungen. Konkurrenten, Konsumenten, Konsumentenorganisationen oder Verbände können Klage führen. Auch das SECO kann im Namen des Bundes zum Schutz des öffentlichen Interesses Klage einreichen, wenn Kollektivinteressen verletzt sind und wenn es eine genügende Anzahl Beschwerden erhält.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist keine Gesetzesanpassung geplant. Der Bundesrat verweist in diesem Zusammenhang auch auf seine Stellungnahme zur Motion 23.3150 Michaud Gigon «Ausarbeitung von Richtlinien zur Bekämpfung von Greenwashing».



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7430 Clivaz

Fermeture de la ligne ferroviaire Brig-Milano

La ligne ferroviaire Brig-Milano est fermée pendant plusieurs semaines l'été côté italien ces dernières années, ce qui rallonge passablement le temps de trajet de beaucoup de voyageurs de Romandie qui doivent passer par Zurich pour atteindre la capitale lombarde.

Qu'en est-il pour les prochaines années ?

Est-il vrai que des fermetures de plusieurs mois sont prévues ?

N'est-il pas possible pour la Suisse de négocier avec les chemins de fer italiens pour empêcher ces fermetures prolongées ?

Réponse

En Italie, le corridor quatre mètres sera aménagé dans les années à venir entre Domodossola et Milan. La Suisse y a tout intérêt, car cet aménagement sert à transférer le fret transalpin de la route au rail, ce qu'elle souhaite. Comme toujours lors d'aménagements, créer des capacités supplémentaires implique dans un premier temps des restrictions en raison des travaux de construction.

C'est le gestionnaire d'infrastructure italien (RFI) qui est le maître d'ouvrage. RFI prévoit une « fenêtre de travaux de jour » d'environ cinq heures du lundi au vendredi toute l'année. Cela entraîne une certaine réduction de l'offre sur l'axe du Simplon jusqu'à la fin des travaux (du lundi au vendredi, un train de moins par sens entre Bâle–Berne–Milan et Genève–Brigue–Milan). Le week-end, l'offre reste inchangée avec huit trains. Du 9 juin au 8 septembre 2024, la ligne entre Arona et Stresa sera complètement fermée à la circulation des trains. Tous les trains Eurocity entre Domodossola et Milan seront donc supprimés. Des bus de remplacement circuleront, mais leur temps de parcours sera plus long et leur capacité plus faible.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7432 Fluri

Analyse der Empfehlungen zur Ernährungszukunft Schweiz durch das ARE – wann und wo werden die Ergebnisse veröffentlicht?

Der Bundesrat antwortet auf meine Interpellation 23.3287: «Eine vertiefte Analyse der Empfehlungen ist momentan in Bearbeitung. Das ARE steht auch regelmässig im Austausch mit den Organisatoren des Ernährungsgipfels.»

Wird das ARE über die Ergebnisse seiner Analysen berichten? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wann und wo werden diese Ergebnisse publiziert?

Antwort

Das ARE steht mit den für Ernährungssystemen zuständigen Bundesstellen im regelmässigen Austausch. Es prüft gegenwärtig im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplans 2024-2027 zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030, ob Massnahmen aufgenommen werden können, die Empfehlungen des Bürgerrats für Ernährungspolitik und des wissenschaftlichen Gremiums Rechnung tragen. Der Aktionsplan 2024-2027 wird vom Bundesrat voraussichtlich im Januar 2024 gemeinsam mit der Botschaft zur Legislaturplanung 2023-2027 verabschiedet werden. Darüber hinaus ist keine Publikation zu den Analysen vorgesehen.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7433 Fluri

Bericht ASTRA/BAV "Biodiversitätsschädigende Subventionen im Verkehrsbe- reich": Wann wird die Anti-Littering-Kampagne umgesetzt?

Auf meine Frage 23.7077 betreffend die Massnahmen zu "Subventionen mit biodiversitätsschädigender Wirkung" im Verkehrsbereich antwortet der Bundesrat: "Eine Anti-Littering-Kampagne, wie sie Massnahme fünf vorsieht, läuft aktuell nicht". Littering generiert laut BAFU hohe Kosten - auch für die Landwirtschaft - und lässt sich nur im Verbund mit allen Beteiligten lösen.

Warum wurde die Massnahme bisher nicht umgesetzt bzw. wann/wie wird sie umgesetzt? Falls der Bundesrat verzichten will: Warum?

Antwort

Die Durchführung einer Anti-Littering-Kampagne entlang der Nationalstrasse führt nach den Erkenntnissen der kantonalen Unterhaltsdienste und des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) zu keiner spürbaren Erleichterung bei der Grünpflege und zu keiner ökologischen Aufwertung. Da die Kosten den Nutzen übersteigen, wird die im Bericht erwähnte Massnahme nicht weiterverfolgt.

Das ASTRA hat jedoch an Stellen, wo Littering vermehrt festzustellen ist (wie z.B. in der Nähe von Fastfood-Restaurants), die Reinigungsintervalle erhöht. Zudem werden die Grünflächen der Rastplätze täglich gereinigt.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7436 Weichelt

Welche Hebel zur Eindämmung von Blaualgen haben die grösste Wirkung?

Bezüglich der Reduktion des Risikos von Blaualgen nennt der Bundesrat auf meine IP 23.3414 die Hebel Klimawandel bremsen, Stickstoffeinträge reduzieren und Gewässer sanieren. Das rasche Ergreifen entsprechender Massnahmen ist dringend. Am Bielersee ist kürzlich erneut ein Hund gestorben, wegen Blaualgen. Die Bevölkerung ist verunsichert!

- Mit welchen Massnahmen lassen sich die Risiken am effizientesten/effektivsten reduzieren? - Welche ergriffenen Massnahmen erwiesen sich als erfolgreich?

Antwort

Längerfristig die wichtigsten Massnahmen, um Blaualgen in den Seen zu reduzieren, sind die Eindämmung der Klimaerwärmung und die Reduktion der Nährstoffeinträge wie Stickstoff und Phosphor.

Kurzfristig ist die Information der Hundehalterinnen und Hundehalter die einzige Möglichkeit, um Hunde effektiv vor Vergiftungen durch Cyanobakterien zu schützen. Die Informationskampagnen werden durch die Kantone regelmässig durchgeführt. Durch diese Kampagnen kann die Bevölkerung für die Problematik sensibilisiert werden. Hunde sollten bei Verdacht auf Blaualgenblüten vom Wasser ferngehalten werden.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7437 Büchel Roland

Installation «Wahlurne» an verschiedenen grossen Bahnhöfen: Der Kopf des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, dient als offizieller Post-Briefkasten

In der Installation befindet sich ein offizieller gelber Briefkasten der Schweizerischen Post. Dieser sei gemäss der zuständigen Werbeagentur am Postnetz angeschlossen und werde täglich geleert. Im Monitor befindet sich ein Schlitz für die Stimmcouverts. Bei jedem Einwurf ringt Putin nach Luft, sein Kopf wird rot, er bekommt heftige Atemnot.

Wie stellt sich der Bundesrat zur Rolle, welche Unternehmen des öffentlichen Rechts, also die SBB und die Post, in dieser bizarren Übung spielen?

Frage 23.7464 Graber

Skandalöses «Ballot Harvesting» der Post im Auftrag von MyClimate

In den SBB-Bahnhöfen von Zürich, Bern und Genf sammelt die Schweizerische Post Stimmkouverts im Auftrag von MyClimate für ein Ja zum Klimaschutzgesetz ein. Völlig geschmacklos wird dabei mit dem russischen Kriegstreiber Wladimir Putin geworben und so der Ukraine-Krieg verharmlost und die Opfer verhöhnt. Hierbei geht es nicht bloss um politische Werbung und gewöhnliche Korrespondenz, sondern um das planmässige Einsammeln von Abstimmungsunterlagen durch einen Staatsbetrieb für das Ja-Lager, was in der Tat an russische Verhältnisse erinnert. Wie sieht der Bundesrat in diesem Zusammenhang die Rolle der Post aus rechtlicher und aus staatspolitischer Sicht?

Antwort

Die bundesnahen Unternehmen Post und SBB sind grundsätzlich zur politischen Neutralität verpflichtet. Gemäss einem Urteil des Bundesgerichts sind Bahnhöfe und Züge juristisch als öffentlicher Raum anzusehen, weshalb die SBB verpflichtet ist, (politische) Werbung zuzulassen, solange sie nicht anstössig, diskriminierend oder sonst verletzend ist oder offensichtlich falsche oder irreführende Angaben enthält.

Die Post hat den gesetzlichen Auftrag zur Gewährleistung der Grundversorgung mit Postdiensten. Dazu gehört auch der Transport von Abstimmungsunterlagen, d.h. auch die Sicherstellung der brieflichen Stimmabgabe.

Die Post wurde von der Stiftung myclimate angefragt, im Rahmen einer Installation einen offiziellen Briefkasten zur Verfügung zu stellen.



Die Post hat zugesagt, dieses Angebot kostenpflichtig anzubieten, wie sie auch in der Vergangenheit schon Anfragen für zusätzliche Briefkästen nachgekommen ist (z.B. Pfadi-Bundeslager). Nach Angaben der Post sollte damit sichergestellt werden, dass die Abstimmungsunterlagen zuverlässig bei den Behörden ankommen.

Die Post bedauert, dass mit der Zurverfügungstellung eines Briefkastens für eine Aktion von myclimate der Eindruck entstehen konnte, sie positioniere sich für eine aktuelle Abstimmungsvorlage.

Der Bundesrat hat zur Kenntnis genommen, dass die Post ihr Vorgehen bedauert. Für den Bundesrat ist zentral, dass die bundesnahen Unternehmen politisch neutral agieren. Entsprechend erwartet der Bundesrat von den bundesnahen Unternehmen, dass sie im Vorfeld von Abstimmungen sorgfältig vorgehen.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7444 Pasquier-Eichenberger

Remaniement du projet de modernisation de la gare de Lausanne : qu'en est-il des surcoûts ?

Le coût initial du chantier de la gare de Lausanne a été estimé à 1.3 milliard. Or, l'Office fédéral des transports et les CFF ont communiqué le 17 mars dernier que le projet allait être remanié profondément. La fin des travaux interviendra en 2037, avec un retard de 4.5 ans.

Est-ce que le Conseil fédéral a estimé les surcoûts liés à ce retard ?

Si non, quand pourra-t-il communiquer ces surcoûts ?

Qui devra prendre en charge ces surcoûts ?

Question 23.7451 Mahaim

Fiasco de la gare de Lausanne : quelles conséquences financières sur les autres projets dans l'agglomération lausannoise ?

LOFT et les CFF ont communiqué le 17 mars dernier que le projet d'agrandissement de la gare de Lausanne allait être remanié profondément. Les retards accumulés ont des impacts importants sur des autres projets d'infrastructures dans l'agglomération lausannoise, dont certains seront cofinancés par le fonds fédéral des agglomérations. Quelles sont les conséquences financières de ces retards pour la Confédération et le canton de Vaud et comment la répartition de ces surcoûts sera-t-elle définie?

Réponse

Le travail d'évaluation des surcoûts découlant de la replanification du projet de modernisation de la gare de Lausanne est en cours aux CFF. En tant que financeur principal du projet, la Confédération assumera la part la plus importante de ces coûts dans le cadre du financement de l'étape d'aménagement ZEB. Ce dernier étant assuré par le fonds d'infrastructure ferroviaire (FIF), les surcoûts n'auront pas d'incidence sur le financement fédéral des projets d'agglomération assuré par le fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA).



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7445 Klopfenstein Broggin

Rapport sur les subventions dommageables à la biodiversité : pourquoi les offices fédéraux ont des pratiques de consultation différentes ?

Selon les réponses aux interpellations 23.3273, 23.3368, 23.3416 et 23.3419, les méthodes de consultation des parties prenantes sur l'analyse des huit subventions dommageables à la biodiversité sont très différentes selon les offices responsables. L'OFEV et le SECO consultent des acteurs variés, y compris l'USP, alors que l'OFAG ne consulte que l'USP. Quelles sont les justifications scientifiques et techniques de ces différences dans les pratiques de consultation?

Réponse

Les recherches approfondies concernant les subventions dommageables à la biodiversité sont menées indépendamment par les offices fédéraux responsables. La consultation vise à associer les différents milieux intéressés qui peuvent varier selon les différents types de projets.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7448 Trede

Schweizer Verpflichtungen zur Minimierung von biodiversitätsschädigenden Anreizen und Subventionen in den globalen Zielen von Kunming-Montreal: Wie sieht der Absenkpfad aus?

Der Bundesrat setzt sich für die Legislaturplanung 2023-27 das Ziel, seine Verpflichtungen bezüglich wirksamer Umweltpolitik umzusetzen. Target 18 der COP15-CBD sieht eine deutliche, schrittweise Reduktion von biodiversitätsschädigenden Anreizen und Subventionen vor, um mind. 500 Mrd. Dollar/Jahr bis 2030. Wie sieht der Schweizer Absenkpfad «biodiversitätsschädigende Anreize und Subventionen» aus, bezüglich Vorgehens, Reduktion des volkswirtschaftlichen Schadens, Kontrolle der Wirksamkeit?

Antwort

Die Überprüfung der biodiversitätsschädigenden Subvention geschieht zum einen auf summarische Weise im Rahmen der regulären periodischen Subventionsüberprüfung und zum anderen bei ausgewählten Subventionen im Rahmen vertiefter Untersuchungen. Es ist geplant, dass die zuständigen Departemente dem Bundesrat bis Ende Juni 2024 Reformvorschläge zu acht Subventionen unterbreiten, die derzeit vertieft untersucht werden.

Die Reduktion des volkswirtschaftlichen Schadens lässt sich nicht in Franken beziffern (siehe dazu auch die Antwort auf die Frage 23.7393 Andrey). Die Kontrolle der Wirksamkeit erfolgt im Rahmen des regulären Politikzyklus.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7450 Jauslin

Diskriminierung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern

Seit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland können hier wohnhafte schweizerisch-russische Doppelbürger beim BAZL keine Fluglizenzen mehr erwerben oder erneuern, auch wenn sie diese nur für rein private Flüge oder sportliche Zwecke benötigen. Wie beurteilt der Bundesrat eine derart rigorose Umsetzung angesichts der Tatsache, dass für andere Verkehrsmittel keine Einschränkungen gelten?

Wie begründet er diese Diskriminierung von Schweizer Bürgern?

Gäbe es nicht differenziertere Lösungen?

Antwort

Im Gegensatz zu anderen Verkehrsträgern wird das Lizenzwesen in der Aviatik grundsätzlich von der EU und ihrer Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) geregelt.

Die Schweiz stützt sich bei Sanktionen gegenüber Pilotinnen und Piloten mit schweizerisch-russischer Doppelbürgerschaft auf den Text der entsprechenden EU-Verordnung. Diese hat die Schweiz in der Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine übernommen. Demnach gelten die Sanktionen gegenüber Personen mit russischer Nationalität, was Personen mit Doppelbürgerschaft miteinschliesst.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7456 Gugger Energieperspektiven 2050+

Die Energieperspektive 2050 zeigt das z.Z. politisch Machbare. Die schon stark negative Energiebilanz des Aussenhandels wird durch die Vorschläge der Studie noch erhöht. Die erwarteten Kostenreduktionen der Elektromobilität und der erneuerbaren Energien übersieht eine Warnung der IEA betreffs ab 2025 dauerhaft steigender Preise von Kupfer und Lithium.

Welche Kommunikationsstrategie sieht die Regierung vor, um die Bevölkerung auf die echte Kostenentwicklung der Klimaneutralität vorzubereiten?

Antwort

Die Energieperspektiven 2050+ von 2020 zeigen, welche technischen Massnahmen notwendig sind, um das Energiesystem der Schweiz bis 2050 Netto-Null zielkonform umzubauen. Mit der Abkehr von den fossilen Energieträgern sinken die Nettoimporte von Energieträgern deutlich. Der Rückgang der Importe verringert die Auslandabhängigkeit.

Für die Berechnung der Kosten der verschiedenen Technologien wurde bei den Energieperspektiven 2050+ auf breit abgestützte Analysen des Paul Scherrer Instituts (PSI) zurückgegriffen. Bei neuen Analysen werden selbstredend die aktuellsten Entwicklungen der verschiedenen Kostenkomponenten berücksichtigt.

Die geschätzten Kosten für den Umbau des Energiesystems gemäss den Szenarien der Energieperspektiven 2050+ werden in der Kommunikation durch die Bundesbehörden stets transparent ausgewiesen.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7457 Gugger Kehrichtverbrennung bei Plastik und Kreislaufwirtschaft

Plastikabfälle werden zu 85 bis 90 Prozent der Kehrichtverbrennung zugeführt. 2019 hat das UN environment programme («Waste to Energy. Considerations for Informed Decision-making») festgehalten, dass Verbrennung von Kehricht «keinen Platz in einer Kreislaufwirtschaft» hat. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der EU-Ökodesign-Richtlinie resp. der Diskussionen um Artikel 35i e USG frage ich an: Wie will der Bundesrat Einwegplastikprodukte in die Kreislaufwirtschaft integrieren?

Antwort

Wie die Kreislaufwirtschaft weiter gestärkt werden kann, diskutiert das Parlament aktuell im Rahmen der Parlamentarische Initiative 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken». Zur Diskussion stehen bspw. Anforderungen an das Inverkehrbringen von Produkten, um deren Lebensdauer und die Reparierbarkeit zu verbessern.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7458 Gugger Additive und Kreislaufwirtschaft

Über die gesundheitsgefährdenden Eigenschaften von Zusatzstoffen (Additiven) in Kunststoffen ist wenig bekannt, was das Kunststoffrecycling erschwert. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Additive das Recycling als Teil der Kreislaufwirtschaft vor Probleme stellen.

Wie will der Bundesrat mit diesem Problem im Hinblick auf eine non-toxische Kreislaufwirtschaft sowie im Zuge der möglichen Schaffung neuer Rechtsgrundlagen (Artikel 35i e USG) umgehen?

Antwort

Für die Umwelt und die Gesundheit des Menschen besonders problematische Zusatzstoffe in Kunststoffen sind bereits heute in der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung geregelt. Dabei wird jeweils geprüft, ob die regulierten Stoffe aus dem Kreislauf ausgeschleust werden müssen oder beim Recycling in diesem verbleiben dürfen. In den Beratungen zur parlamentarischen Initiative 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» wurde ein neuer Artikel 35i zur Aufnahme ins Umweltschutzgesetz vorgeschlagen. Dieser würde es dem Bundesrat erlauben, zusätzliche Anforderungen an das Inverkehrbringen von Produkten oder Verpackungen zu stellen. Zu berücksichtigen wären insbesondere die Regelungen der wichtigsten Handelspartner, um Handelshemmnisse zu vermeiden.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7371 Molina

Status der taiwanesischen Vertretung im diplomatischen und konsularischen Corps in der Schweiz

Taiwan wird seit 1994 durch die Délégation Économique et Culturelle de Taipei in der Schweiz vertreten. Im Gegensatz zur Mission Palästinas geniesst die inoffizielle Vertretung Taiwans keinerlei Vorrechte, Immunitäten oder Erleichterungen. Wie rechtfertigt der Bundesrat diese Ungleichbehandlung zweier Länder, die von der Schweiz nicht als Staat auf bilateraler Ebene anerkannt werden? Ist er bereit, die inoffizielle Vertretung Taiwans in Zukunft gleich zu behandeln wie die Mission Palästinas?

Antwort

Unter Berücksichtigung der Entwicklungen zwischen Israel und Palästina im Friedensprozess Anfang der 1990er-Jahre (Osloer Abkommen, Jericho-Gaza-Abkommen) bewilligte der Bundesrat 1993 die Eröffnung eines PLO-Büros in Bern. Es erhielt die für den Betrieb erforderlichen Vorrechte und Immunitäten. Der diesem gewährte Status berücksichtigt auch die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 29. November 2012, wonach Palästina der Status eines beobachtenden Nicht-Mitgliedstaates zuerkannt wurde.

Die Beziehungen zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan sind nicht von denselben Entwicklungen gezeichnet.

Die Schweiz anerkennt Taiwan nicht als unabhängigen Staat und verfolgt eine Ein-China-Politik. Diese besteht aus der Anerkennung und der Pflege diplomatischer Beziehungen mit der in Peking ansässigen Regierung. Taiwan verfügt seit 1994 über eine Délégation Économique et Culturelle de Taipei mit Sitz in Bern, die eine inoffizielle Vertretung (Verein nach Schweizer Recht) ist, welche die Beziehungen zu den Schweizer Behörden auf technischer Ebene betreut.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7401 Roth Franziska

Vielleicht, könnte sein, würde, hätte, sollte. Warum die Möglichkeitsform beim Thema EU?

In der Antwort zur Frage 23.7352 schreibt der Bundesrat: Die Eckwerte legen die Grundsätze, Ziele und die Richtung für die Ausarbeitung eines "möglichen Verhandlungsmandats" fest. Was bedeutet die Formulierung eines "möglichen Verhandlungsmandats"? Ist dem Bundesrat nach zehn Sondierungsrunden immer noch nicht klar, ob er seinen "breiten Paketansatz" verhandeln möchte? Kann die Zukunftsfähigkeit des Bilateralen Weges auch ohne Verhandlungen gesichert werden?

Antwort

Der Bundesrat spricht von einem «allfälligen» Verhandlungsmandat, weil er weder dem Ergebnis der laufenden Gespräche mit der EU noch dem Entscheid über die Eröffnung der Verhandlungen vorgreifen will. Diesen Entscheid wird der Bundesrat nach Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen sowie der Kantone treffen. Mit der Stossrichtung für ein Verhandlungspaket will er den bilateralen Weg fortsetzen und weiterentwickeln. Die Aufnahme von Verhandlungen erfordert die Zustimmung beider Parteien. Sobald ein gemeinsames Verständnis aller Elemente des Pakets erreicht ist, kann mit der Vorbereitung der Verhandlungsmandate begonnen werden.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7405 Walder

Accusations d'une politique de prélèvement systématique d'organes en RPC

Le 5 mai 2022 le parlement européen adoptait une résolution recommandant aux 27 de respecter dans leurs conventions et accords de coopération, y compris avec la RPC, les principes éthiques en matière de dons d'organes.

Cette résolution s'appuie sur des rapports convergents alléguant l'existence d'une politique de prélèvements systématiques d'organes visant les adeptes du Falun Gong et d'autres minorités.

Le CF a-t-il pris de telles précautions dans les accords et conventions signés avec la RPC?

Réponse

La pratique de prélèvement forcé d'organes et le trafic d'organes humains constituent une violation grave des droits de l'homme. La Suisse soutient la lutte internationale contre le trafic d'organes et a ratifié plusieurs instruments internationaux qui luttent contre ce phénomène, en particulier la Convention du Conseil de l'Europe contre le trafic d'organes humains. Comme indiqué dans la réponse à l'Ip. Sommaruga 19.3728, selon les déclarations officielles des autorités chinoises, le prélèvement d'organes sur les prisonniers exécutés est interdit depuis le 01.01.2015. Cependant, le Conseil fédéral partage la préoccupation des rapporteurs spéciaux de l'ONU du 14.06.2021 concernant des rapports faisant état de prélèvement d'organes ciblant les minorités se trouvant en détention en Chine.



Heure des questions du 12 juin 2023

Question 23.7406 Walder

Relations entre la Suisse et Bahreïn : quelle place pour les droits humains ?

Sur la page de la confédération il est précisé que « les relations entre la Suisse et Bahreïn se concentrent sur l'économie, les finances et les droits de l'homme. »

Pourtant qu'il s'agisse de la reprise des exécutions capitales, des lois d'isolement politique ou d'allégations de tortures, la situation des DH à Bahreïn ne cesse de se dégrader depuis les soulèvements pro-démocratie en 2011.

En quoi consiste concrètement cette collaboration centrée sur les DH ? Et pour quels résultats ?

Réponse

La Suisse aborde régulièrement les droits de l'homme dans le cadre de ses échanges bilatéraux avec le Bahreïn. Conformément à ses priorités en matière de droits de l'homme, la lutte contre la peine de mort et le respect du droit à la liberté d'expression font partie des sujets mis en avant lors de ces échanges. Ainsi, lors de l'examen périodique universel du Bahreïn en novembre 2022 au Conseil des droits de l'homme, la Suisse a recommandé aux autorités de réduire le nombre de crimes passibles de la peine de mort aux crimes les plus graves selon le droit international, ainsi que de réviser la loi sur la presse afin de garantir la protection de la liberté d'expression.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7427 Badertscher Frauen mit Behinderungen in der neuen IZA-Strategie

Der Anteil der Menschen mit Behinderungen ist auf 16% (1,3 Mia.) der Weltbevölkerung angestiegen, davon leben 80% im Globalen Süden. Frauen mit Behinderungen sind zudem stärker von Armut betroffen. Sie machen damit einen grossen Anteil der Menschen aus, an die sich die internationale Zusammenarbeit richtet.

- Wie wird die IZA-Strategie 2025-2028 diese Tatsache reflektieren?
- Wie stellt sie sicher, dass insbesondere Frauen mit Behinderungen nicht zurückgelassen werden?

Antwort

Die internationale Zusammenarbeit (IZA) der Schweiz orientiert sich an den Bedürfnissen. Sie setzt sich für die politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Menschen ein, insbesondere der Schwächsten und Verletzlichsten, so auch von Menschen mit Behinderungen. Besondere Aufmerksamkeit wird der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen gewidmet. Für weitere Informationen verweist der Bundesrat auf seine Antwort zur Interpellation 22.4030 Schneider Schüttel «Frauen mit Behinderungen in der schweizerischen internationalen Zusammenarbeit». Die genaue Ausgestaltung der nächsten IZA-Strategie wird in den nächsten Monaten der breiten Öffentlichkeit in einer freiwilligen Vernehmlassung unterbreitet. Interessierte Kreise können sich zu diesem Zeitpunkt äussern.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7431 Schläpfer

Weitere 3 Mio. Franken an die UNRWA und Schulmaterial mit antiisraelischen/antisemitischen Inhalten.

Durch die Nicht-Integration der paläst. Flüchtlinge und Vererbbarkeit des Flüchtlingsstatus wurde 1948 von den Arabern gezielt ein unlösbares Problem geschaffen. Nach Ph. Lazzarinis Appell zahlt die Schweiz nun weitere Fr.3 Mio. an die UNRWA. Weshalb? Priorität hätten griffige Kontrollen des Schulmaterials (antiisraelische/antisemitische Inhalte), Kontrollen des Lehrbetriebs usw. Alarmierend ist zudem, dass die UNRWA nachweislich selber Israel diffamierendes Schulmaterial herstellt.

Antwort

Der Bundesrat hat in seiner jüngsten Antwort auf die Motion 23.3038 Chiesa «Vorlegung des UNRWA-Schulmaterials» zu den Schulbüchern der Palästinensischen Autonomiebehörde Stellung genommen.

Da es bisher keine politische Lösung für den Konflikt gibt, spielt die UNRWA eine wichtige Rolle für die Sicherheit und Stabilität der Region. In Anbetracht der aktuellen humanitären Situation hat die Schweiz entschieden, die UNRWA mit einem zusätzlichen Betrag von 2 Millionen Franken zu unterstützen. Darüber hinaus ist eine Million Franken für den Notruf der Agentur für den Libanon vorgesehen.



Fragestunde vom 12. Juni 2023

Frage 23.7462 Molina

Umgang des Bundesrates mit dem verbrecherischen iranischen Regime

Seit den landesweiten Protesten im Iran im Nachgang an die Ermordung von Jina Mahsa Amini dauern die Massenhinrichtungen gegen Oppositionelle unvermindert an.

-Hat der Bundesrat gegen die jüngsten Massenhinrichtungen protestiert?

-Welche konkreten Anstrengungen unternimmt er, um die Einhaltung der Menschenrechte im Iran zu fördern?

-Sind aktuell auch Schweizer/innen von der Repression betroffen?

- Was ist der Stand der Untersuchungen des Todes der hochrangigen EDA-Mitarbeiterin vom 04.05.21?

Antwort

Die Schweiz hat ihre Besorgnis über die starke Zunahme von Hinrichtungen in Iran bilateral und multilateral zum Ausdruck gebracht. Zuletzt anlässlich der Einbestellung des iranischen Geschäftsträgers *ad interim* in Bern am 22. Mai. Zudem hat sich die Schweizer Botschaft in Teheran in dieser Angelegenheit wiederholt an das iranische Aussenministerium gewandt. Im Menschenrechtsrat äusserte sich die Schweiz letztmals am 20. März anlässlich des interaktiven Dialogs mit dem Sonderberichterstatter zu Iran und unterstützte am 6. April eine Resolution, die das Mandat des Sonderberichterstatters um ein Jahr verlängert.

Dem Bundesrat liegen keine Hinweise vor, dass schweizerische Staatsangehörige in Iran von repressiven Massnahmen der Behörden betroffen wären.

Zum Stand der Untersuchungen kann das EDA keine Stellung nehmen und verweist an die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA).